

SOWJETZONE

ZUR WIRTSCHAFTSLAGE DER SOWJETISCHEN BESATZUNGSZONE DEUTSCHLANDS IM SOMMER 1963

Grundzüge des neuen Siebenjahrplanes

Bis in die letzten Tage hinein berichtete die Presse der SBZ über die „heroischen Anstrengungen“ der Industriebetriebe zur Aufholung der Planrückstände. Die Folgen des Winters sind also noch immer nicht vollständig überwunden. Es bedarf sicher noch erheblicher Anstrengungen, um der diesem Jahr gestellten Aufgabe gerecht zu werden, das Fundament für ein erfolgreiches Anlaufen des neuen Siebenjahrplanes ab 1964 zu schaffen. Bisher wurden nur seine Hauptmerkmale veröffentlicht. Zu ungewiß scheint das Ergebnis des Wirtschaftsjahres 1963 zu sein, um schon heute Einzelheiten des kommenden Perspektivplanes festlegen zu können.

Vergleicht man die Zuwachsraten dieses Planes mit denen des vorhergegangenen, so stellt man fest, daß sie — von wenigen speziellen Fertigungsarten abgesehen — ausnahmslos und zum Teil sehr beträchtlich unter denen des ersten Siebenjahrplanes liegen. Mit der Entwicklung der Wirtschaft und der damit von Jahr zu Jahr ansteigenden Bezugsgröße für die Berechnung von Zuwachsraten ist an sich eine allmähliche Abflachung dieser Zuwächse erklärlich, aber keinesfalls in einem so starken Maße wie in diesem Falle. Die stärksten Reduzierungen sind für die Leicht- und die Lebensmittelindustrie vorgesehen. Hierin kommt noch deutlicher als bisher der Vorrang der Industriegüterproduktion vor der Verbrauchsgüterzeugung zum Ausdruck.

Im Vordergrund der Wirtschaftsentwicklung sollen die chemische, die metallurgische und die elektrotechnische Industrie stehen. Es geht dabei vor allem um die Erdölverarbeitung, um die Produktion von Qualitäts- und Edelfeststoffen sowie von Erzeugnissen der zweiten Verarbeitungsstufe, um die Abhängigkeit von den Einfuhren aus der Bundesrepublik mildern zu können, und schließlich um die Herstellung modernster Maschinen für die Rationalisierung und Automatisierung der Industrie. *Ulbrichts* Behauptung: „Im Niveau der Lebenshaltung haben wir Westdeutschland annähernd eingeholt“, ist eine kaum zu übertreffende Verhöhung der mitteleuropäischen Bevölkerung. Sie soll wahrscheinlich als Begründung dafür dienen, daß im neuen Plan — also für den Zeit-

raum von sieben Jahren! — die Warenbereitstellung im Einzelhandel nun insgesamt nur 25 vH zunehmen soll, darunter bei Eiern um 18 vH, bei Fleisch um 15 vH und bei Butter sogar nur um 6 vH. Den Einkommenszuwachs der Bevölkerung hat die SED auf insgesamt 16 vH fixiert, so daß heute schon mit Sicherheit gesagt werden kann, daß der im Jahre 1962 auf etwa 20 vH gewachsene Abstand des Durchschnittseinkommens gegenüber der Bundesrepublik zuungunsten der SBZ bis 1970 noch größer werden wird.

Das „neue ökonomische System“

in den letzten Junitagen dieses Sommers fand in Ostberlin eine „Wirtschaftskonferenz“ statt, auf der eine „Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ der SBZ diskutiert und schließlich als Beschluß des sogenannten „Ministerrates“ verabschiedet wurde. Entkleidet man sie aller Phrasen, dann bleibt als Kern dieser Richtlinie der Versuch, dem Fiasko des bisher befolgten planwirtschaftlichen Zwangssystems dadurch zu steuern, daß altbekannte ökonomische Gesetze und Tendenzen der Marktwirtschaft quasi als Hilfsmittel und Prothesen in das kommunistische System eingebaut werden sollen. Dies ist ein so radikaler Eingriff in die bisherige Methodik, daß man versucht ist zu sagen, hier *könnte* der Beginn einer neuen Entwicklung liegen; aber sicher ist das durchaus noch nicht, weil die schönste Theorie versagt, wenn sie nicht zu realisieren ist. Unverkennbar treten an vielen Stellen die Gedanken und Überlegungen des sowjetischen Professors *Liberman* zutage, mit denen sich zu identifizieren dem Dogmatiker *Ulbricht* nicht leichtgefallen sein dürfte. Sein innerer Zwiespalt wird deutlicher, wenn man zwei Sätze aus seinem Referat zitiert, das der Begründung dieser scharfen wirtschaftspolitischen Schwelung dienen sollte: „Die Hauptfrage in unserer Periode ist die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins der Menschen“ — „Die Hauptsache ist doch, die ökonomischen Gesetze richtig zu nutzen und ihnen zur Wirksamkeit zu verhelfen. Das gilt vor allem für das Wertgesetz.“ *Ulbricht* meinte nicht etwa die politökonomischen Gesetze des kommunistischen Wirtschaftssystems, denn die Richtlinie verlangt, eine echte ökonomische Wechselwirkung von Kosten und Preisen herzustellen und den Gewinn zum Maßstab wirtschaftlicher Handlungen zu machen.

„Alle müssen begreifen, daß man die Wirtschaft nicht im Verwaltungsstil, sondern in ökonomischer Art und Weise führen muß.“ Geradezu sensationell klingt die Erkenntnis: „Weder die Ausarbeitung optimaler, wissenschaftlich begründeter Pläne noch ein in sich geschlossenes System ökonomischer Hebel werden Widersprüche zwischen den im Plan fest-

gelegten gesellschaftlichen Erfordernissen und dem Handeln einzelner Menschen und Gruppen völlig ausschließen können.“ Widersprüche sahen die Kommunisten bisher nur im marktwirtschaftlichen System, bei sich selbst aber schönste Harmonie. Wieviel dogmatischen Ballast die SED-Funktionäre abwerfen müssen, um der neuen Linie folgen zu können, werden sie heute noch gar nicht begreifen.

Neue Preise — Druck auf die Löhne

Im Mittelpunkt des angestrebten Systems steht eine völlig neue Preispolitik. „Wir müssen von der starren Handhabung der Festpreise abkommen und zu einer größeren Beweglichkeit bei der Festlegung einheitlicher Preise übergehen.“ Der Preis wird also nicht freigegeben, er hat sich nicht am Markt zu bilden, obwohl zugegeben wird, daß der Preis seine Funktion als echten Leistungsmaßstab nur erfüllen könne, wenn die Übereinstimmung mit dem notwendigen Arbeitsaufwand kontinuierlich geprüft und hergestellt würde. Doch diese Aufgabe soll nach wie vor die Zentralbehörde übernehmen. Sie soll auch das Preissystem in sich ordnen und Preisverzerrungen beseitigen. Veraltete Erzeugnisse sollen im Preis gesenkt werden, um ihre Erzeugung unrentabel zu machen. In einer Marktwirtschaft würde der gleiche Effekt viel sicherer durch das Absinken der Nachfrage eintreten. Um die Elastizität der Marktreaktionen durch behördliche Anordnungen ersetzen zu können — ein Versuch, der mit Sicherheit zum Scheitern verurteilt sein wird —, ist es unvermeidbar, den bürokratischen Aufwand der staatlichen Wirtschaftsführung ganz erheblich zu vergrößern.

Alle Betriebe und Einrichtungen der Volkswirtschaft arbeiten bisher mit unrichtig bewerteten Anlagegütern und Umlaufmitteln. Der Staat stellte Grund und Boden, Gebäude und Maschinen mit zu niedrigen Preisen zur Verfügung und verfälschte die wirtschaftliche Leistung durch immense Subventionen. Keine Kostenrechnung konnte den Anspruch auf ökonomische Exaktheit erheben. „Nach der Umbewertung der Grundmittel werden die Wiederbeschaffungswerte der Grundmittel in der volkseigenen Wirtschaft einschließlich der Umlaufmittel rund 200 Mrd. DM betragen.“ Diese Zahlenangabe aus der Richtlinie ist überraschend; denn vor einem Jahr hatte Finanzminister *Rumpf* anlässlich der *Liberman-Diskussion* den Wert der gleichen Güterkategorie, und damals ja noch zu unechten Preisen, mit 150 Mrd. DM beziffert. Rechnet man die bis heute vorgenommenen Investitionen abzüglich des Wertverschleißes noch hinzu, dann bliebe etwa eine Umbewertungs-Differenz von 30 Mrd. DM. Sie auszufüllen, bedeutet für die Preisbehörde eine Unmenge von Einzelkorrekturen.

Jetzt endlich will man auch zu echten Abschreibungssätzen kommen, die den technischen und moralischen Verschleiß widerspiegeln. Die Subventionen sollen weitgehendst abgebaut werden. Sie werden sich in erhöhten Preisen niederschlagen, mit denen die Betriebe auch alle Aufwendungen für Forschungs- und Modernisierungsaufgaben decken sollen. Mit diesen Preisbestandteilen haben sie Rückstellungen zu bilden für spätere Rationalisierungsmaßnahmen.

In den bisherigen Kostenrechnungen spielten die schwer abgrenzbaren und nicht immer nachprüfbaren Gemeinkosten eine große Rolle. Sie waren fast durchweg sehr großzügig bemessen. „Diese Kostenart wird in vielen Betrieben dazu benutzt, alle Unzulänglichkeiten in der betrieblichen Leitungstätigkeit — angefangen von der schlechten Ausnutzung der Maschinen über die ungenügende Organisation der Materialwirtschaft bis zu Sitzungen und Versammlungen während der Arbeitszeit — zu verkleistern.“

Für die geforderte Senkung der Selbstkosten bieten diese bisher zu hoch kalkulierten Gemeinkosten einen gewissen Spielraum. Da aber die Material- und Stoffkosten sowie die Abschreibungen und Rückstellungen für die Modernisierung erheblich höher ausfallen müssen wegen der Umbewertung der Grundmittel und Umlaufmittel, lassen sich letzten Endes die Selbstkosten wirksam nur noch zu Lasten des Kostenfaktors Lohnaufwand senken. Diese negativen Auswirkungen auf das Nominaleinkommen der Werktätigen werden verschärft durch die auf das Realeinkommen drückenden Preiserhöhungen im Konsumgüterbereich.

Ulbrichts Erklärungen zu dieser Frage sind voller Widersprüche. „Auch die Konsumgüterpreise unterliegen objektiven, ökonomischen Gesetzmäßigkeiten. Das bedeutet, daß Preismaßnahmen nicht vom guten oder schlechten Willen der Regierung oder von den Wünschen der Konsumenten abhängen. Deshalb widerspricht die Auffassung, daß in der sozialistischen Planwirtschaft die Konsumgüterpreise ohne Rücksicht auf die ökonomischen Bedingungen geregelt werden können, dem realen Leben. Es muß auch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage berücksichtigt werden.“ Diese bemerkenswert marktwirtschaftlichen Überlegungen deuten mit Sicherheit auf *weitere Preiserhöhungen für Konsumgüter* hin. Auch die anderen Ostblockländer haben diese Entwicklung in den letzten Monaten in teilweise sehr heftigem Ausmaß erlebt. Was soll dann aber in diesem Zusammenhang der Hinweis darauf, daß es jetzt notwendig sei, die Verbraucherpreise im allgemeinen auf dem gegenwärtigen Niveau zu stabilisieren? *Ulbricht* sagte sogar: „Im Zusammenhang mit der Industriepreisreform sind wir an einem Preisstopp für bestimmte Konsumgüter außerordentlich interessiert.“ Sein Interesse wird kaum

ausreichen, um die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten aufheben zu können.

Wenn bisher derartige, für die offizielle Propaganda so unangenehme Maßnahmen zu begründen waren, hatte Pankow zu gerne die Schuld auf Diversanten, Saboteure, Schieber und westliche Störmanöver geschoben. Mit seiner unmenschlichen Mauer hat Ulbricht sich diese Argumente selbst verbaut. Nun greift er auf marktwirtschaftliche Gesetze zurück, die er bisher immer abgelehnt hat.

Da das „neue ökonomische System“ — wie bereits dargestellt — einen Druck auf das Realeinkommen der Werktätigen ausüben wird, bleibt als Ausweg zur Sicherung der bisherigen Lebenshaltung nur eine Steigerung der Arbeitsleistung. Doch auch da hat die SED vorgesorgt. Die Bemessungsgrundlage der Arbeitsleistung wird unter der Parole „Neue Technik — Neue Normen“ in dem Sinne korrigiert, daß praktisch auf allen Gebieten die Normenschraube angezogen wird. In dem Parteichinesisch der SED wird das in folgenden Formulierungen erläutert: „Der Arbeitslohn muß die persönlichen materiellen Interessen der Werktätigen mit den gesellschaftlichen Erfordernissen verbinden. Er muß insbesondere durch die Anwendung zweckmäßiger Lohnformen und Prämienregelungen auf der Grundlage exakter Arbeitsnormen und anderer Leistungskennziffern auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität, auf hohe Qualität der Erzeugnisse und auf die Senkung der Selbstkosten orientieren.“ „Die volle Wirksamkeit der Arbeitsnormen und Kennziffern macht es notwendig, die Zeitzuschläge und sonstige Zeitreserven aus den bisherigen Normen herauszulösen und an leistungsabhängige Kennziffern zu binden.“

Eigennutz statt sozialistischem Bewußtsein

Derartige Lohnbremsen könnten auf den Leistungswillen der Werktätigen sehr negativ wirken. Das scheint auch die SED erkannt zu haben. Sie hat plötzlich den Wert des Eigennutzes entdeckt und appelliert mit dem Prinzip der materiellen Interessiertheit in viel stärkerer Weise als bisher an den gesunden Menschenverstand und nicht mehr an irgendein verschwommenes ~ sozialistisches Bewußtsein, wenn es ums Geldverdienen durch höhere Arbeitsleistung geht. Wer für die Gesellschaft am meisten leiste, müßte auch am meisten erhalten — Leistung nicht etwa politisch gemeint. Geld verdürbe durchaus nicht das Bewußtsein und es sei gar nicht anrühlich, wenn der oder jener Arbeiter bloß wegen des Gelderwerbs arbeite. Auf seine Arbeitsleistung allein komme es an. Dafür müßten Lohn und Prämien gezahlt werden. Politische Bewährung sei keine Lohngrundlage; denn — man höre und staune — das könnte Heuchelei begünstigen. Während es

bisher auch in den Betrieben immer zuerst auf die ideologische Arbeit ankam, wird heute das Gegenteil propagiert: „Der wichtigste Maßstab der ideologischen Arbeit ist die Arbeitsleistung.“ Wer in der Arbeit an der Spitze steht, wird auch im politischen Ansehen voranrangieren.

Die leitenden Angestellten und Direktoren der volkseigenen Wirtschaft sollen in Zukunft leistungsfähige Gehälter beziehen. Sie sollen bei besonderen Leistungen Zusatzurlaub erhalten, und die Prämienelder der Betriebe sollen nicht mehr für gute Gewerkschaftsarbeit, sondern für echte Arbeitsleistungen verwendet werden. So mancher Funktionär hatte bisher mit ideologischer Schaumschlagerei seine Brieftasche bequem füllen können. Das soll jetzt vorbei sein.

Dieses neue „System“ ist im Grunde das Geständnis, daß der Appell an das „sozialistische Bewußtsein“, um dadurch höhere Arbeitsleistungen zu erlangen, völlig vergeblich gewesen ist. Man kehrt zu den Realitäten des Lebens zurück und lockt nicht mehr mit politischen Phrasen, sondern mit dem Geldbeutel. Das ist aber keine Kehrtwendung, die der SED leichtgefallen ist. Der ökonomische Druck muß außerordentlich stark gewesen sein, daß er zu solchen Konsequenzen zwingen konnte.

Mißstände sollen beseitigt werden

Der VEB Meßgeräte und Armaturenwerk „Karl Marx“ in Magdeburg liefert Tintenschreiber für die neuen Großbauten der Energiewirtschaft. Die dazu benötigten Synchronmotoren erhält das Werk von einem Zulieferanten. Diese Motoren waren so schlecht, daß das Armaturenwerk die Tintenschreiber gar nicht erst an die Verbraucher, sondern gleich an die Reparaturstellen lieferte, um sie dort mit neuen Motoren ausstatten zu lassen. Derartige unwirtschaftliche Pannen soll das neue ökonomische System auch verhindern.

Dafür gibt es eine Fülle von Ansatzpunkten. In dem VEB Schraubenfabrik Chemnitz entspricht nach offizieller Erklärung die augenblickliche Technologie „bei weitem nicht mehr den Anforderungen“. Das Standardprogramm für die Schraubenfertigung ließe 5 vH Minderqualität zu, aber der Export nach Kanada, Schweden, Jugoslawien usw. verlange hundertprozentige Qualität. Kaum ein Bereich der Wirtschaftsleitung sei in den vergangenen Jahren so sträflich vernachlässigt worden, wie die Marktbeobachtung und der Absatz im Außenhandel. Ulbricht erwähnte in diesem Zusammenhang den VEB Lack-Druckfarbenfabrik Coswig/Sa. „Die Qualität der dort hergestellten Druckfarben ist völlig unzureichend, der Export ist rückläufig. In diesem Betrieb fehlt der Vorlauf in der Forschung und Entwicklung, und das Niveau der

Erzeugnisse ist fünf bis sieben Jahre hinter dem Weltniveau zurückgeblieben.“ Scharf kritisierte Ulbricht den Maschinenbau: „Gegenwärtig haben wir beim Export von kompletten Anlagen eine rückläufige Tendenz.“ Auch im Maschinenbau müsse man endlich beginnen, sich auf bestimmte Schwerpunkte zu konzentrieren.

Zersplitterung sei nach wie vor im Bauwesen eine ernste Bremse des Fortschritts. „Im Jahre 1962 sah zum Beispiel der Plan 89 000 Baustellen vor. Tatsächlich wurde auf 131 000 Baustellen gearbeitet.“ Wie kann in einem hundertprozentig geplanten und staatsgelenkten Wirtschaftssystem so etwas überhaupt möglich werden? Die SED sieht die Ursache offensichtlich auch in der nicht ausreichenden Kontrolle, wobei sie sich auf *Lenin* berufen kann und seinen Ausspruch: „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser!“

Neue Kontrollen, und Schikanen

Mitte Mai gab das ZK der SED den Beschluß bekannt über die Bildung der „Arbeiter- und Bauern-Inspektion“. Sie soll eine Super-Kontrollkommission werden und untersteht dem ZK der SED und dem Ministerrat der Zone gemeinsam. Hauptamtliche und ehrenamtliche Mitarbeiter aus allen Schichten der Bevölkerung sollen gewährleisten, daß das Programm der SED unbedingt erfüllt werde, daß Planung und Leitung der Volkswirtschaft verbessert würden und die Staatsdisziplin sich hebe. Die ihr im einzelnen gestellten Aufgaben sind so umfassend, daß sie praktisch zu einem neuen Mammutministerium werden müßte, wenn sie ihr Arbeitsprogramm ernst nehmen wollte. Neben dem Aufdecken von Schlampelei, Mißwirtschaft und Verschwendung, soll sie aber auch ihre Aufmerksamkeit darauf richten, daß „herzloses Verhalten zu den Menschen... in geeigneter Form mit Unterstützung der demokratischen Öffentlichkeit ohne Ansehen der Person aufzudecken“ sei. Die neue Kontrollinstanz hat bisher offensichtlich den für den Bau der Mauer und für den Schießbefehl Verantwortlichen noch immer nicht finden können; denn krasser läßt sich herzloses Verhalten nicht offenbaren. Die Öffentlichkeit in der Zone würde sicher sehr gerne ohne Ansehen der Person, wie es die Anordnung vorschreibt, den Schuldigen zur Rechenschaft ziehen.

Reine Schikane bedeutet eine weitere gesetzliche Maßnahme, zu der Ulbricht am 21. Juni griff. Er errichtete praktisch *eine zweite Mauer*; denn er schuf durch Gesetz eine Sperrzone vor der Zonengrenze und der Grenze nach Westberlin. „Gaststätten, Kinos, Pensionen, Erholungsheime und Gästehäuser im Grenzgebiet sind zu schließen.“ In Grenzgewässern ist Angeln, Baden und die Benüt-

zung von Wasserfahrzeugen für sportliche Zwecke verboten, innerhalb Berlins sogar der Fahrgastschiffsverkehr. Frachtschiffe, technische Fahrzeuge und Schleppfahrzeuge dürfen diese Gewässer nur noch bei Tage passieren. Alle Bewohner des Grenzsperrgebietes erhalten Sonderausweise. Wer sie besuchen will, muß sich einen Passierschein besorgen, den nur der erhält, bei dem auch nicht der leiseste Fluchtverdacht besteht. An der Zonengrenze nach Westberlin ist im Bezirk Potsdam das Sperrgebiet 500 m tief und an der Sektorengrenze im Stadtgebiet selber 100 m.

Begründet wurde diese Maßnahme damit, daß sie Sicherheit und Ordnung im Grenzgebiet gewährleisten solle. Die Blamage Pankows wird so immer größer und augenscheinlicher. Trotz Mauer, Stacheldraht und Hecken schützen flüchten täglich Menschen aus Ulbrichts Territorium. Das soll die neue Sperrzone verhindern. Stacheldraht, Betonpfähle und Autosperren dieses Gebietes haben mit ihren Materialkosten und dem Arbeitsaufwand die gewaltigen Kosten der Ulbricht-Mauer weiter erhöht. Das ist seine Version des friedlichen wirtschaftlichen Wettbewerbs, zu dem er 1956 die Bundesrepublik aufgefordert und der mitteldeutschen Bevölkerung versprochen hatte, ihren Lebensstandard bis 1961 über den in Westdeutschland erreichten Stand hinaus anzuheben. 1961 aber erreichte er die Mauer.

Dr. Walter Meier